

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
Barbara Ostmeier, Vorsitzende
Düsternbrooker Weg 70

24105 Kiel

ISD Bund e.V. · Lausitzerstraße 10 · 10999 Berlin

Büro Berlin
ISD Bund e.V.
Lausitzerstraße 10
10999 Berlin

Tel. +49 30 69 81 70 21
isdbund@isdonline.de
www.isdonline.de

FA Frankfurt a. Main III
Steuer-Nr 45 / 250 / 85619

Amtsgericht Frankfurt a. Main
Vereinsregister: VR11921

Bankverbindung
Postbank Hamburg
IBAN:
DE55 2001 0020 0030 0572 00
BIC:
PBNKDEFF

**Öffentlicher Dienst muss Vorreiter beim Kampf gegen Rassismus und
Rechtsextremismus sein**

Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 19/2641

Änderungsantrag der Fraktion der SPD - Umdruck 19/5915

Sehr geehrte Vorsitzende,
sehr geehrte Mitglieder des Innen- und Rechtsausschusses,

für eine ehrliche und nachhaltige Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsextremismus braucht es zuallererst mal eine Ausdifferenzierung und Definition beider Begriffe. Der pseudowissenschaftliche Versuch, Menschen anhand von Rassekonstruktion zu differenzieren und darüber die Existenz von Menschenrassen nachzuweisen ist inzwischen widerlegt.¹ Nichtsdestotrotz erleben und verstehen wir Rassismus bis heute als tragenden gesellschaftlichen Unterbau und komplexes System. Dabei greifen Wahrnehmungen und Handlungen in sozialer Praxis, sozialen Strukturen und symbolischer Ordnung ineinander über. Darüber wird Differenz hergestellt, markiert und schließlich hierarchisiert. Die wesentliche Funktion von Rassismus ist dabei die Ziehung sozialer Grenzen.² Das zeigt sich unter anderem in den Ergebnissen einer Reihe von Studien und Feldexperimenten zu Arbeitsmarkt,³ Wohnungsmarkt,⁴ und Bildungswesen,⁵ in Deutschland die rassistische Diskriminierung nachgewiesen haben.

Zu offen rassistischen Einstellungen bekennen sich deutlich weniger Menschen in Deutschland (23,9 %),⁶ als zu Fremdenfeindlichkeit (29,2 %),⁷ der Abwertung von Sinti*zze und Rom*nja (44 %)⁸ oder der Abwertung asylsuchender Menschen (76,8 %),⁹ obwohl alle vier Phänomene einer rassistischen Logik folgen und als rassistisch kategorisiert werden können.¹⁰ Diese uneinheitlichen empirischen Befunde sind Ausdruck methodischer Schwächen und halten dazu an, bei künftigen Studien methodische Ansätze

¹ Fischer/Hoßfeld/Krause/Richter 2019

² Auma 2018

³ Weichselbaumer 2016; Koopmans/Veit/Yemane 2018

⁴ Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2020

⁵ Bonefeld/Dickhäuser 2018; Bonefeld/Dickhäuser/Janke/Praetorius/Dresel 2017

⁶ Zick 2020

⁷ Ebd.

⁸ Ebd.

⁹ Ebd.

¹⁰ Terkessidis 2004

zu wählen und zu kombinieren, die über bloße Vorurteilsforschung hinausgehen. Forschungsergebnisse aus den USA legen beispielsweise nahe, dass eine beträchtliche Zahl von weißen Menschen Wut und Feindseligkeit gegenüber Schwarzen Menschen zeigen, wenn sie nicht davon ausgehen, dass ihr Verhalten als offen rassistisch bewertet werden könnte. Umgedreht gehen die Autor*innen davon aus, dass rassistische Weiße das Label „Rassist*in“ fürchten und es deshalb vermeiden, ihre wahren rassistischen Einstellungen offen zu äußern.¹¹

Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen (also nationalistischen) Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.¹² Zu beachten ist dabei, dass Rechtsextremismus nicht als von der Mehrheitsgesellschaft klar abgrenzbares Phänomen verstanden werden kann, sondern vielmehr Ausdruck gruppenbezogen Menschenfeindlicher Einstellungen ist, die sich bis tief hinein in die Mitte der Gesellschaft ziehen.¹³ Der Anteil von Menschen mit einem geschlossen rechtsextremen Weltbild in der deutschen Bevölkerung ist dabei im Zeitverlauf rückläufig.¹⁴ Das sollte allerdings nicht im Sinne eines sinkenden Handlungsbedarfes verstanden werden, sondern ist eher Ausdruck einer zunehmenden Ausdifferenzierung des rechten und rechtsradikalen politischen Spektrums in Form der Neuen Rechten¹⁵, die durch den aus der Konsensdefinition zu Rechtsextremismus heraus entwickelten Fragebogen nicht hinreichend offengelegt werden kann. Rechte Einstellungen – insbesondere rassistische und demokratieablehnende – unter Jugendlichen in Schleswig-Holstein nehmen zu,¹⁶ gleichsam ist das Bedrohungs- und Angsterleben von schleswig-holsteinischen Jugendlichen in Bezug auf Rechtsextremismus relativ hoch.¹⁷

Die Relevanz von Rassismus und Rechtsextremismus für den öffentlichen Dienst liegt in zweierlei Hinsicht auf der Hand. Zum einen wäre es illusorisch zu glauben, Personen mit gruppenbezogen menschenfeindlichen Einstellungen würden diese quasi gemeinsam mit dem Amtseid ablegen und ihr exekutives Handeln dann einwandfrei ausführen. Wenn rechtsextreme Einstellungen bis tief in die Mitte der Gesellschaft verbreitet sind, müssen sie sich auch im öffentlichen Dienst widerspiegeln und zumindest die Ausschnitte, die beispielsweise in Form von rechten Chatgruppen bei der Polizei aufgedeckt worden sind, liefern Hinweise darauf. Zum anderen sind Beschäftigte des öffentlichen Dienstes oft an Stellen tätig, in denen sie eine beträchtliche Einflussmöglichkeit auf Lebensverläufe von Menschen haben, die von Rassismus und/oder Rechtsextremismus betroffen sind. Wenn rassifizierte Menschen beispielsweise auf dem Wohnungsmarkt strukturell diskriminiert werden, kommt Wohnungsgeber*innen in öffentlicher Hand eine besondere Rolle beim sozialen Ausgleich zu. Auch Schulen sind ein zentraler Ort für Rassismus und Rechtsextremismus. Die oben bereits angeführten Studien zeigen beispielsweise, dass rassifizierte Menschen in der Schule systematisch benachteiligt werden und beispielsweise

¹¹ Kuklinski/Cobb 1997

¹² Decker/Kiess/Schuler/Handke/Pickel/Brähler 2020

¹³ Decker/Brähler 2020

¹⁴ Decker/Kiess/Schuler/Handke/Pickel/Brähler 2020

¹⁵ Weiß 2017

¹⁶ Krieg/Beckmann/Kliem 2019

¹⁷ Ebd.

rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen unter Gemeinschaftsschüler*innen in Schleswig-Holstein stärker vertreten sind als unter Gymnasiast*innen.¹⁸

Dem öffentlichen Dienst kommt dabei eine besondere Rolle zu, weil zum einen Menschen dort auf Repräsentant*innen des staatlichen Systems treffen, dem sie unterworfen sind und zum anderen für politische Entscheidungsträger*innen ein un- bis mittelbarer Zugriff auf Strukturen und Abläufe des öffentlichen Dienstes besteht. Notwendige strukturelle Änderungen, anti-rassistische und demokratiefördernde Maßnahmen können im öffentlichen Dienst direkter und effektiver etabliert werden, als in der Gesamtgesellschaft.

Der Anspruch einer rechtsstaatlichen Demokratie muss es daher sein, alles zu tun, damit Rassismus und Rechtsextremismus keinen Einfluss auf exekutives Handeln haben.

Mit freundlichen Grüßen

Konrad Erben, Vorstand

¹⁸ Krieg/Beckmann/Kliem 2019

Literatur

Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2020): Rassistische Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage.

Auma, M. M. (2018). Rassismus: Eine Definition für die Alltagspraxis.

Bonefeld, M., & Dickhäuser, O. (2018). (Biased) grading of students' performance: Students' names, performance level, and implicit attitudes. *Frontiers in psychology*, 9, 481.

Bonefeld, M., Dickhäuser, O., Janke, S., Praetorius, A. K., & Dresel, M. (2017). Migrationsbedingte Disparitäten in der Notenvergabe nach dem Übergang auf das Gymnasium. *Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und pädagogische Psychologie*.

Decker, O., & Brähler, E. (2020). Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments–neu Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020. Gießen: Psychosozial.

Fischer, M. S., Hoßfeld, U., Krause, J., & Richter, S. (2019). Jenaer Erklärung – Das Konzept der Rasse ist das Ergebnis von Rassismus und nicht dessen Voraussetzung: Anthropologie. *Biologie in unserer Zeit*, 49(6), 399-402.

Koopmans, R., Veit, S., & Yemane, R. (2018). Ethnische Hierarchien in der Bewerberauswahl: Ein Feldexperiment zu den Ursachen von Arbeitsmarktdiskriminierung (No. SP VI 2018-104). WZB Discussion Paper.

Krieg, Y., Beckmann, L., & Kliem, S. (2019). Regionalanalyse Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein 2018 (KFN-Forschungsberichte No. 149). Hannover: KFN.

Kuklinski, J. H., Cobb, M. D., & Gilens, M. (1997). Racial attitudes and the "New South". *The Journal of Politics*, 59(2), 323-349.

Mark, T. (2004). Die Banalität des Rassismus: Migranten zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive. Bielefeld: Transcript.

Weichselbaumer, D. (2016). Discrimination against female migrants wearing headscarves. IZA Discussion Paper No. 10217.

Weiß, V. (2017). Die autoritäre Revolte: Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Stuttgart: Klett-Cotta.

Zick, A., & Küpper, B. (2020). Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland, 21. Bonn: J. H. W. Dietz Nachf.